

SENNEGEMEINDE HÖVELHOF

DER BÜRGERMEISTER



Rede des Kämmerers Andreas Schwarzenberg zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024 in der Sitzung des Gemeinderates am 09.11.2023

**Sperrfrist: 09.11.2023 - 19.00 Uhr -
Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

bevor ich Ihnen das Zahlenwerk des diesjährigen Haushaltsplans vorstelle, möchte ich zunächst auf die erfreulichen Dinge des kommenden Haushaltsjahres eingehen. Auf Grund der positiven Vorjahresergebnisse sowie zahlreicher Sparbemühungen der Verwaltung kann die Haushaltssicherung auch 2024 vermieden werden. Dies ist keine Selbstverständlichkeit mehr, da sich die finanziellen Rahmenbedingungen gegenüber dem Vorjahr erheblich verschlechtert haben und viele Kommunen im kommenden Haushaltsjahr gezwungen werden, diesen Weg einzuschlagen.

Die zweite erfreuliche Nachricht, die ich Ihnen am heutigen Abend verkünden kann, ist, dass weder der Hebesatz für die Gewerbsteuer noch die Hebesätze für die Grundsteuern A und B angehoben werden sollen. Ebenso sollen die Abfall-, Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren 2024 stabil bleiben. Eine Anhebung der Wassergebühren ist allerdings insbesondere auf Grund der deutlich gestiegenen Wasserbezugskosten unvermeidbar. In Summe bleiben jedoch die Belastungen sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Gewerbe- triebe auf einem vergleichsweise günstigen Niveau.

Komme ich nun zum eigentlichen Zahlenwerk des Haushaltsplans 2024, welches aus meiner Sicht alles andere als erfreulich ist. Dieses weist im kommenden Haushaltsjahr ein Jahresdefizit in Höhe von 5.433.249 € aus, was eine Verschlechterung von rd. 2,1 Mio. € gegenüber der Vorjahresplanung bedeutet. Damit ist dies -nach meinem Wissen- das bisher höchste aus- gewiesene Defizit in der Geschichte der Sennegemeinde Hövelhof.

Nicht nur diese Tatsache ist besorgniserregend, sondern auch, dass dieses Defizit noch deutlich höher ausgefallen wäre, wenn nicht ein Großteil der Grundstücksverkaufserlöse aus

dem Baugebiet „Portemeiers Kreuz“ -statt wie geplant 2023- erst 2024 realisiert werden könnte.

Außerdem sieht es in der mittelfristigen Haushaltsplanung, welche die Haushaltsjahre 2025-2027 betrifft, nicht besser aus. Aber auch dieser Planungszeitraum muss bereits für den Haushaltsausgleich 2024 gewisse Kriterien erfüllen. Erfüllbar waren diese zahlenmäßig nur durch konsequente Ausgabenreduzierungen, Einplanung von Steuererhöhungen ab 2026 und Veranschlagung von hohen Grundstücksverkaufserlösen im Jahr 2026. Diese mittelfristige Planung ist jedoch mit großen Unsicherheiten behaftet, so dass ab 2025 ein deutlich erhöhtes Risiko besteht, in die so genannte Haushaltssicherung abzurutschen.

Hauptgründe für dieses plötzliche Abrutschen von einer bisher guten in eine künftig sehr schlechte Haushaltssituation sind hauptsächlich wie schon in den vergangenen Haushaltsjahren auf der Aufwandsseite vorzufinden. Dazu möchte Ihnen folgende Zahlen nennen:

- Anstieg der Kreisumlage um insgesamt 3,0 Mio. € gegenüber der Vorjahresplanung bzw. sogar 3,3 Mio. € gegenüber tatsächlich festgesetzten Kreisumlage 2023 (Allgemeine Kreisumlage + 1,67 Mio. €, Jugendamtsumlage + 1,63 Mio. €)
- Personalkostensteigerungen insbesondere im Zuge des neuen Tarifvertrags (+ 956.700 € gegenüber Planung 2023)
- Erstmalige Veranschlagung der Zuweisungen an die Sennebad GmbH (+512.500 €)
- Anstieg der Zinsbelastung für Kredite (+ 149.370 € gegenüber der Vorjahresplanung bzw. + rd. 400.000 € gegenüber dem tatsächlichen Bedarf 2023)
- Verlust von rd. 1,5 Mio. € außerordentlicher Erträge gegenüber der Planung 2023 auf Grund der wegfallenden Corona-Ukraine-Isolation, wobei dieses fragwürdige Modell ohnehin nur die Belastungen in die Zukunft verlagert hat und 2024 durch deutlich geringere Energiekosten größtenteils kompensiert werden kann.
- und nicht zuletzt zahlreiche nicht genau bezifferbare mit der Inflation verbundene Preissteigerungen.

Es wird deutlich, dass ein Großteil der zusätzlichen Belastungen systembedingt und nur begrenzt beeinflussbar ist. Ein Gegensteuern durch Verbesserung der Ertragssituation oder Umsetzung sämtlicher Einsparpotentiale erscheint bei den Dimensionen nahezu unmöglich. Trotzdem bringt uns diese Erkenntnis nicht weiter.

Im Gegensatz zur Aufwandssituation wird die Ertragssituation in Hövelhof trotz eingetrübter Wirtschaftsprognosen weiterhin auf einem insgesamt guten Niveau gesehen. Das gesamte gemeindliche Steueraufkommen 2024 wird rd. 3 Mio. € höher erwartet als in der Planung 2023. Mit der größten Ertragssteigerung wird im Bereich der Gewerbesteuer (+ 2 Mio. €) sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ rd. 844.000 €) gerechnet.

Die steuerliche Situation, welche ohnehin mit großen Unsicherheiten behaftet ist, könnte sich allerdings durch das geplante Wachstumschancengesetz verschärfen, durch welches Unternehmen steuerlich deutlich entlastet werden sollen. Die eventuellen Auswirkungen sind in der Planung nicht berücksichtigt, weil es hierfür immer noch keine konkreten Anhaltspunkte gibt.

Bei der Ertragsentwicklung sämtlicher anderer Ertragsarten wird in Summe mit keinen nennenswerten Abweichungen gegenüber der Vorjahresplanung gerechnet. Deshalb möchte ich darauf nicht weiter eingehen.

Nach jetzigem Planungsstand verfügt die Sennegemeinde Hövelhof über eine fast 10,6 Mio. € hohe Ausgleichsrücklage zu Beginn des kommenden Haushaltsjahres. Damit kann im kommenden Haushaltsjahr das gesamte Defizit in Höhe von rd. 5,4 Mio. € ausgeglichen werden. Falls sich die finanziellen Rahmenbedingungen in Zukunft nicht ändern, ist allerdings bereits im Haushaltsjahr 2025 –also innerhalb von nur zwei Haushaltsjahren- unsere langjährig –seit 2012- angesparte Ausgleichsrücklage verbraucht.

Deshalb möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass die Investitionen, die sicherlich vielfach für die künftige Entwicklung in Hövelhof wichtig und sinnvoll sind, zukünftig noch genauer dahingehend geprüft werden müssen, inwieweit sie überhaupt finanziell gestemmt werden können. Nicht nur die späteren Folgekosten, sondern auch die Finanzierungskosten stellen uns nach dem deutlichen Zinsanstieg vor neue Herausforderungen. So nehmen alleine die Zinsbelastungen im kommenden Jahr um rd. 400.000 € gegenüber den tatsächlichen Zinsbelastungen 2023 zu. Sie resultieren aus der Neuaufnahme eines investiven Kredits in Höhe von 12,0 Mio. € für den Bau des Feuerwehrgerätehauses bzw. den Realschulanbau. Positiv ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass aus der Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2023 in Höhe von 7.000.000 € voraussichtlich nur ein Teilbetrag in Höhe von 800.000 € für den Bau der Flüchtlingsunterkunft genutzt wird.

Weitere Belastungen sind durch die Neuaufnahme von Liquiditätskrediten zu erwarten. Nach dem berechneten Zahlenwerk ist 2024 eine Liquiditätslücke in Höhe von 3.000.000 € zu schließen. Der Kapitaldienst für das benötigte Fremdkapital (12,0 Mio. € Investivkredite bzw.

3,0 Mio. € Liquiditätskredite) schränkt die künftige Handlungsfähigkeit der Gemeinde deutlich ein.

Fazit:

Da auch für die kommenden Haushaltsjahre nicht absehbar ist, ob sich grundsätzlich die finanziellen Rahmenbedingungen für die Kommunen verbessern werden, rate ich nochmals dringend dazu, bereits das Haushaltsjahr 2024 zur Haushaltskonsolidierung zu nutzen, um auch in künftigen Haushaltsjahren ohne die Einschränkungen eines Haushaltssicherungskonzeptes oder einer vorläufigen Haushaltsführung möglichst lange handlungsfähig zu bleiben.

Es ist sehr besorgniserregend, dass die massiv steigenden Ausgaben nicht einmal mehr durch ein vergleichsweise gutes Steueraufkommen kompensiert werden können. Dabei wären gerade in der jetzigen Zeit Investitionen in kommunale Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz und Digitalisierung dringend notwendig. Aber nicht nur in Hövelhof, auch in vielen anderen Kommunen und auf sämtlichen staatlichen Ebenen wird immer stärker erkennbar, dass das gesamte öffentliche System unter den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen unterfinanziert ist und nur durch erhebliche Ertragssteigerungen (Steuererhöhungen) oder Senkung von Standards so weitergeführt werden kann. Denn sämtliche staatliche Ebenen weisen seit Jahren erhebliche Defizite in ihren Rechnungsergebnissen aus.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich auch in diesem Jahr bei meiner Kollegin Frau Rodehutsors für die engagierte Arbeit zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf bedanken.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche viel Erfolg bei den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen!